V. Entwicklungszusammenarbeit

Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/1135>

DOI: 10.4000/sjep.1135

ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 janvier 1990

Number of pages: 116-137

ISSN: 1660-5926

Electronic reference

« V. Entwicklungszusammenarbeit », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 9 | 1990,
Online erschienen am: 30 März 2013, abgerufen am 08 September 2020. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/1135> ; DOI : <https://doi.org/10.4000/sjep.1135>

V. Entwicklungszusammenarbeit

1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit 1988

1.1. Uebersicht

Die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz weist bis anhin einen kontinuierlich steigenden Trend auf: In den letzten Jahren steigerten sich die Ausgaben von 344 Millionen Franken (0,21 Prozent des BSP) im Jahre 1979 auf 857 Millionen Franken (0,31 Prozent des BSP) im Jahre 1988 (Vgl. Tabelle Nr. 17). Die Schweiz liegt jedoch immer noch einiges unter dem Durchschnitt der 18 DAC-Länder (1) von 0,35 Prozent (1988) (2). Auf Vorschlag des Eidgenössischen Finanzdepartementes hätte der Aufwand für Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft bei 0,32 Prozent des BSP plafoniert werden sollen.

Die schweizerischen Hilfswerke kritisierten diese Abkehr von der bisherigen EZ-Ausgabenpolitik, nämlich eine schrittweise Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, als eine verhängnisvolle Zurückstufung der Entwicklungszusammenarbeit. Angesichts der Verschuldung der Entwicklungsländer, des Preiszerfalls für Rohstoffe, der Umweltprobleme und der Flucht- und Auswanderungsbewegungen könne für die nächsten Jahre vielmehr ein beträchtlicher Mehrbedarf an Entwicklungshilfe vorausgesehen werden. Die Hilfswerke appellierten an den Bundesrat, die Leistungen mittelfristig an den Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft von 0,5 Prozent des BSP anzugleichen. In seiner Sitzung vom 16. August 1989 lehnte der Gesamt-Bundesrat den Vorschlag des Eidgenössischen Finanzdepartementes – Plafonierung der Ausgaben – ab und beschloss, die Entwicklungshilfe weiterhin überdurchschnittlich zu erhöhen, was sich unmittelbar auf den Finanzplan 1991-93 auswirken wird.

Den grössten Teil der öffentlichen Entwicklungshilfe finanziert der Bund mit 840,8 Millionen Franken (98,1 Prozent); Kantone und Gemeinden hatten 1988 mit 16,7 Millionen Franken einen Anteil von 1,9 Prozent. Der Anteil der Entwicklungshilfe an den Gesamtbundesaussgaben beträgt 3,2 Prozent.

Tabelle Nr. 17

Übersicht über die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit 1979-1988			
1979	344 Mio Fr.	1984	617 Mio Fr.
1980	412 Mio Fr.	1985	677 Mio Fr.
1981	453 Mio Fr.	1986	725 Mio Fr.
1982	490 Mio Fr.	1987	767 Mio Fr.
1983	574 Mio Fr.	1988	857 Mio Fr.
Quelle: Jahresbericht von DEH und BAWI 1988			

Der grösste Teil, nämlich 76 Prozent der Gesamtausgaben fliessen in Form *bilateraler Hilfe*. Diese Form der Hilfe ist in der Schweiz allgemein weniger umstritten als die multilateralen Ausgaben (24 Prozent), offensichtlich deshalb, weil die Verwendung der Gelder in bilateralen Projekten und Programmen besser überprüft werden kann als bei der Mitfinanzierung grosser multilateraler Programme. Seit Jahren kritisiert insbesondere die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für Brüder, Helvetas die statistische Erfassung der zahlenmässig ins Gewicht fallenden Kofinanzierungen mit der Weltbanktochter IDA (1988: 52,7 Millionen Franken) als bilaterale Hilfe, obwohl die Art der Durchführung ausgeprägt multilateral sei. Grund zur Kritik ist nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft in erster Linie das Fehlen eines Konzepts der multilateralen Zusammenarbeit.

Innerhalb der DEH wird die Aufteilung in *bilaterale* und *multilaterale* Hilfe am Beispiel *Seidenproduktion in Indien* wie folgt geschildert (Jahresbericht 1988, S. 18):

“Die Schweiz als kleines Land ist kaum je in der Lage, allein ein grosses und flächendeckendes Programm zu finanzieren. Das gilt auch für unser Engagement im indischen Seidensektor. In unsern **kleinen, bilateralen Projekten** können wir jedoch neue Techniken und neue Vermarktungsformen testen. Wir können zum Beispiel ausloten, wie Seidenzucht auch in trockenen, wenig genutzten Gebieten möglich ist.

In **Grossprojekten multilateraler Finanzierungsinstitutionen** ist naturgemäss nur wenig Platz für Experimente, denn es stehen dort allzu-grosse Geldbeträge auf dem Spiel. Durch unser Mitwirken an solchen Projekten sind wir jedoch in der Lage, die Erfahrungen aus der bilateralen Zusammenarbeit in die flächendeckenden Programme einfliessen zu lassen und sie qualitativ zu verbessern.”

Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit umfasst die fünf Bereiche technische Zusammenarbeit, Finanzhilfe, wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen, Nahrungsmittelhilfe und humanitäre Hilfe.

Den grössten Anteil machte auch 1988 wiederum die *technische Zusammenarbeit* mit 45 Prozent aus (Vgl. Tabelle Nr. 18.).

Tabelle Nr. 18

Ausgaben der öffentlichen Entwicklungshilfe 1987/88							
	1988					1987	
	bilateral	multi-lateral	Total			Total	
	Mio Fr.	Mio Fr.	Mio Fr.	%		Mio Fr.	%
Technische Zusammenarbeit	292	92	384	45		330	43
Finanzhilfe	97	67	164	19		195	25
Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen	110	—	110	13		68	9
Nahrungsmittelhilfe	33	25	58	7		56	7
Humanitäre Hilfe	105	12	117	14		97	13
Nicht klassiert	20	10	30	3		26	4
Rückzahlung von Darlehen	-6	—	-6	-1		-5	-1
Total	651	206	857	100		767	100
In Prozenten des BSP			0,31			0,29	
Quelle: Jahresbericht von DEH und BAWI 1988							

Neues Instrument

In der Berichtsperiode sind als neues Instrument der Entwicklungszusammenarbeit erstmals *Kompensationszahlungen für Exporterlöseinbussen im Rohstoffhandel mit der Schweiz* aufgenommen worden: Den sechs afrikanischen Ländern Sudan, Tansania, Togo, Tschad, Uganda und Zentralafrikanische Republik wurden zum Ausgleich von Preiseinbussen auf Produkten im Handel mit der Schweiz 15,8 Millionen Franken als nichtrückzahlbare Hilfe zugesagt. Diese Länder hatten 1986 und 1987 unter den ärmsten Entwicklungsländern die höchsten Exportverluste im Handel mit der Schweiz. Die Mittel werden vorwiegend in den vom Preiszerfall betroffenen Bereichen des Rohstoffsektors eingesetzt. (Die Europäische Gemeinschaft hat bereits vor Jahren sog. "Stabex-Abkommen" mit Entwicklungsländern abgeschlossen, um solche Exportverluste auszugleichen).

(Vgl. dazu UNCTAD/Ausgleichsfinanzierung im Kapitel Internationale Verhandlungen).

Umweltverträgliche EZ

Aufgrund der zunehmenden Umweltzerstörung weltweit wird im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit immer häufiger verlangt, Projekte und Programme auf ihre Umweltverträglichkeit hin zu überprüfen. Im Zentrum der Debatte steht die Umsetzung von Politiken und Konzepten in eine auf die Umweltproblematik bezogene Entwicklungszusammenarbeit. In erster Linie sollen dabei die Möglichkeiten der Entwicklungsländer ausgebaut werden, die eigenen Kapazitäten im Umweltbereich zu erweitern.

1988 fanden im Rahmen des Entwicklungsausschusses der OECD (DAC) zwei Treffen zum Thema Umwelt statt, an welchen die Schweiz sich aktiv beteiligte. Es wurde eine Umweltcheckliste erstellt, die es den Entscheidungsträgern erlauben soll, die Umweltverträglichkeit von Aktivitäten der EZ zu überprüfen. Weiter wurden die von einzelnen Ländern getroffenen Massnahmen im Umweltbereich diskutiert.

Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt darin, allgemein das Bewusstsein um die Zusammenhänge rund um die Zerstörung der Umwelt zu schärfen und gleichzeitig das Element Umweltverträglichkeit "in seiner breitesten Bedeutung zu operationalisieren und in die Beurteilungen der Wirtschaftlichkeit zu integrieren" (Bericht über die Mitwirkung der Schweiz in der internationalen Umweltschutztätigkeit 1988, S.9). Dabei geht es darum, das Ressourcenpotential in Planung, Entscheide, Ausführung und Evaluation einzubauen. Der Bericht hält fest, dass es angesichts angerichteter Schäden nicht allein darum gehen könne, mittels Abklärung der Umweltverträglichkeit Projekte und Programme zu korrigieren bzw. zu verbessern, sondern es müssen die Umwelt wieder aufbauende Aktivitäten entwickelt und gefördert werden.

Im Rahmen des Interdepartementalen Komitees für Internationale EZ und humanitäre Hilfe haben DEH und BAWI unter Beratung des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landwirtschaft einen methodologischen Ansatz zur Überprüfung der Umweltverträglichkeit der Aktivitäten der schweizerischen EZ ausgearbeitet. 1989/90 läuft eine 18-monatige Pilotphase zur Schaffung der entsprechenden Instrumente und administrativen Abläufe.

Eine Einfache Anfrage (Seiler/Ständerat) vom 15. Juni 1989 "Umweltverträglichkeitsprüfung für Projekte in Entwicklungsländern" bittet den Bundesrat insbesondere um **Beantwortung folgender Frage:** "Wird heute systematisch eine Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Entwicklungsprojekte, welche die Schweiz in der Dritten Welt unterstützt, durchgeführt? Wenn ja, seit wann? Werden davon auch die Sektorprogramme und Strukturanpassungsprogramme sowie die aus dem Rahmenkredit für wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen finanzierten Vorhaben wie Mischkredite und die Gewährung der Exportrisikogarantie für Ausfuhren in die ärmeren Entwicklungsländer erfasst?"

Der **Bundesrat antwortet** am 13. September und führt insbesondere aus: dass *Sektor- und Landesprogramme* nicht systematisch einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden, sondern dass sich diese an der Situation der natürlichen Ressourcen orientieren. In Zukunft sollen jedoch länderspezifische Umwelt-Risikoanalysen die Landesprogramme ergänzen. – Die ökologischen Auswirkungen der durch *Mischkredite* finanzierten Entwicklungsprojekte werden schon seit Jahren berücksichtigt; seit 1988 werden sie systematisch für alle Vorhaben geprüft –. Die durch die *ERG* gedeckten kleineren Projekte in ärmeren Entwicklungsländern würden, "sofern erforderlich", in Zusammenarbeit mit dem BAWI-Entwicklungsdienst auf die ökologischen Auswirkungen geprüft. Was die *Strukturanpassungsprogramme* (unter Federführung von Weltbank und IWF) anbelangt, weist der Bundesrat darauf hin, dass die Beurteilung der Umweltauswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen nicht einfach und auch umstritten sei: "Strukturelle Schwächen, Bevölkerungsentwicklung, Verschuldung und Verarmung führen in vielen Entwicklungsländern zu einer zunehmenden Umweltbelastung. Die Gesundung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann deshalb längerfristig auch der Umwelt dienen." Und weiter: "Gerade aus der Perspektive der Umwelterhaltung heraus müssen wir erkennen, dass Strukturanpassung eine globale Verantwortung ist und direkter als bisher bei den weltweiten Ungleichgewichten - auch bei uns - ansetzen muss ...".

Absicht der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit sei es, die Länder in ihren eigenen Bemühungen um umweltverträgliche Entwicklungsvorhaben zu unterstützen, so dass die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht zu einer Kondition für die Vergabe von Entwicklungsgeldern werden, sondern dass vielmehr landesinterne Routineverfahren in die Planung von Entwicklungsvorhaben eingebaut werden.

Jahreskonferenzthemen: NGO's/Verschuldung

Thema der DEH-Jahreskonferenz 1988 war: "Die nichtstaatlichen Organisationen in der Dritten Welt und ihre Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit". Um das Ziel der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, die am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen in ihren Entwicklungsanstrengungen zu unterstützen, noch besser zu verwirklichen, drängt sich eine intensivere Zusammenarbeit mit den Nicht-Regierungsorganisationen in den Partnerländern auf. Dies bedeutet für die privaten Organisationen in den Entwicklungsländern eine Verbesserung ihrer Stellung gegenüber den Regierungen im Entwicklungsprozess.

Thema der Jahreskonferenz 1989 waren die "Dritt-Welt-Schulden". Als Gast aus einem "betroffenen" Entwicklungsland sprach der ehemalige bolivianische Planminister Fernando Romero. Bolivien gilt als lateinamerikanisches Musterland, was das Angehen seiner Verschuldungssituation anbelangt. Die Schweiz gewährte Bolivien 1988 5 Millionen Franken zum Rückkauf bolivianischer Schuldtitel mit einem Abschlag von rund 90 Prozent.

Netto-Kapitalrückfluss

Werden die öffentlichen und privaten Ausgaben für Entwicklungshilfe den Privatkapitalflüssen gegenübergestellt, ergibt sich für die Jahre 1985 - 1987 eine dramatische Wende in den Netto-Kapitalströmen aus der Schweiz in die Entwicklungsländer: Flossen 1985 insgesamt noch rund 6 Milliarden Franken von der Schweiz in die Dritte Welt, zahlten die Entwicklungsländer 1987 mehr als 2 Milliarden Franken netto in Form von Kreditrückzahlungen und Zinszahlungen an die Schweiz zurück (Vgl. Tabelle Nr. 19). In diesem Zusammenhang nimmt die öffentliche und private schweizerische Entwicklungshilfe einen bescheidenen Platz ein.

1.2. Bilaterale Hilfe

Insgesamt wurden 1988 651 Millionen Franken für *bilaterale Hilfe* verwendet (Vgl. Tabelle Nr. 18). In dieser Zahl sind sämtliche bilateralen Aufwendungen der technischen Zusammenarbeit (Hauptanteil), der Finanzhilfe, der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen sowie der humanitären Hilfe - inklusive Nahrungsmittelhilfe - enthalten. Der bilateralen Hilfsform wird in der Schweiz der Vorzug gegeben. Nebst der besseren Kontrolle der Mittelverwendung spielt der direkte Kontakt mit den Partnern eine wichtige Rolle. Die Hilfe ist ungebunden und nicht rückzahlbar.

Aufteilung nach Einkommensstand

In die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC, gemäss UNO-Liste die 42 ärmsten Entwicklungsländer) flossen 205 Millionen Franken. Andere Länder mit niedrigem Einkommen (BSP pro Kopf unter 800 Dollar) erhielten 213 Millionen Franken. Länder mit mittlerem Einkommen (BSP pro Kopf über 800 Dollar) erhielten 72 Millionen Franken.

Aufteilung nach Regionen

Die bilaterale Hilfe - ohne humanitäre Hilfe - verteilte sich 1988 zu 45,5 Prozent auf afrikanische Entwicklungsländer (169,6 Millionen Franken), 28,4 Prozent auf asiatische Entwicklungsländer (105,8 Millionen Franken) und 16,7 Prozent auf lateinamerikanische Entwicklungsländer (62 Millionen Franken).

Hauptempfängerländer **Afrikas** waren 1988 Madagaskar (25,2 Millionen Franken), Rwanda (16,5), Tansania (14,5), Mali (12,0), Niger (10,1).

Unter den **asiatischen Entwicklungsländern** erhielt Indien 27,9 Millionen Franken, gefolgt von Indonesien (19,8), Nepal (18,3), Pakistan (8,8) und Bhutan (8,4).

Tabelle Nr. 19

Netto-Kapitalströme aus der Schweiz in die Entwicklungsländer 1985-1987			
	1985	1986	1987
	In Millionen Franken		
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)	681,2	718,3	767,3
Geschenke von privaten Hilfswerken	132,5	119,4	140,1
Andere Beiträge des öffentlichen Sektors	-12,5	-12,6	-14,6
Privatkapitalflüsse	5290,9	1628,7	-3100,8
davon: Direktinvestitionen	1200,6	853,9	-243,1
Exportkredite	-340,8	-597,2	-1270,5
Anleihen auf dem schweizerischen Kapitalmarkt	4128,2	917,6	-1320,1
Bankgelder	302,9	454,4	-267,1
Total der öffentlichen und der privaten Netto-Kapitalströme	6092,1	2453,8	-2208,0
	1985	1986	1987
	In Prozenten des BSP		
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)	0,28	0,28	0,29
Geschenke von privaten Hilfswerken	0,05	0,05	0,05
Andere Beiträge des öffentlichen Sektors	-0,01	—	-0,01
Privatkapitalflüsse	2,19	0,63	-1,16
Total der öffentlichen und der privaten Netto-Kapitalströme	2,51	0,96	-0,83
<p>“Öffentliche Entwicklungshilfe”: Man versteht darunter finanzielle Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln an Entwicklungsländer und an multilaterale Institutionen für Entwicklungsfinanzierung, die mit dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder zu Vorzugsbedingungen gewährt werden.</p> <p>“Geschenke von privaten Hilfswerken”: Es handelt sich um Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und Nothilfeaktionen privater Organisationen ohne Gewinnstreben.</p> <p>“Andere Beiträge des öffentlichen Sektors”: Sie umfassen alle übrigen, von öffentlichen Körperschaften stammenden Mittel, die nicht zu Vorzugsbedingungen gewährt werden.</p> <p>“Privatkapitalflüsse”: Dies sind alle durch die Privatwirtschaft zu Marktbedingungen in die Entwicklungsländer geleiteten Mittel, Direktinvestitionen, Exportkredite, Anleihezeichnungen und Darlehen, die von in der Schweiz niedergelassenen Banken an Entwicklungsländer gewährt werden (langfristige Guthaben). Wenn sie nicht Rückzahlungen darstellen, werden dagegen die “Gegenströme”, die aus Operationen resultieren, welche von in Entwicklungsländern wohnhaften Personen getätigt werden, nicht berücksichtigt.</p> <p>BSP 1985: 241 355 Mio Fr. BSP 1986: 254 510 Mio Fr. BSP 1987: 266 270 Mio Fr.</p>			
Quelle: DEH-Jahresbericht 1988			

In **Lateinamerika** ist Bolivien ein Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit und erhielt 1988 23,1 Millionen Franken Entwicklungshilfegelder. Es folgen Peru (7,7), Honduras (6,2), Nicaragua (5,7), Ekuador (3,5).

(Die Hauptempfängerländer der bilateralen schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, sowie detaillierte Angaben über Umfang und Art der Hilfe, sind im statistischen Teil dieses Jahrbuches aufgeführt).

Aufteilung nach Sektoren

Seit Beginn der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit bilden die Sektoren Landwirtschaft und Forstwirtschaft mit einem Anteil von rund 30 Prozent das Schwergewicht. Nachfolgende Grafik zeigt die Verteilung der Gelder in Prozente auf die verschiedenen Sektoren in Afrika, Lateinamerika und Asien (ausgehend von je 100 Prozent der Ausgaben pro Kontinent).

1.3. Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe

Die technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe hat zum Ziel, in den Entwicklungsländern das Wissen und Können auf technischem Gebiet zu steigern und die Fähigkeit zu verbessern, die Produktionsfaktoren rationeller einzusetzen. Die Massnahmen sind technische Projekte und Programme. Finanzhilfe wird zu Investitionszwecken in verschiedenen Bereichen gewährt oder fliesst oft in Sektor- und Strukturanpassungsprogramme. Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe fliessen oft in gemeinsame Projekte/Programme. Diese Form der Hilfe umfasst bilaterale und multilaterale Massnahmen.

Wie Tabelle Nr. 18 "Öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz" zeigt, wurden 1988 für technische Zusammenarbeit 292 Millionen Franken bilateral und 92 Millionen Franken multilateral ausgeben; die Ausgaben für Finanzhilfe waren 97 Millionen Franken bilateral und 67 Millionen Franken multilateral. Dies sind insgesamt 64 Prozent (548 Millionen Franken) der öffentlichen Entwicklungshilfe. Davon finanzierte der Bund mit 109 Millionen Franken Aktionen technischer Zusammenarbeit der privaten Hilfswerke oder vergab Regieaufträge; einen Teil der Projekte führt der Bund selber durch; ein Teil sind Beiträge an internationale Organisationen.

Die Finanzierung der **Ausbildung von Stipendiaten** aus Entwicklungsländern ist beispielsweise eine bilaterale Massnahme der technischen Zusammenarbeit. 1988 wurde insgesamt 405 Stipendiaten eine Aus- oder Weiterbildung finanziert: 248 Stipendiaten aus Afrika, 89 aus Asien, 49 aus Lateinamerika und 19 aus Europa.

Sektorielle Verteilung nach Kontinenten in 1989

Sektorenanteil den Öffentliche Entwicklungshilfe (in Prozenten)

Quelle : DEH-Jahresbericht 1988

1.4. Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen

Die Entwicklung des schweizerischen Aussenhandels mit der Dritten Welt 1980 - 1987 zeigt eine Abnahme des Anteils der Entwicklungsländer am gesamten schweizerischen Aussenhandel: 1987 bedeuteten die **Ausfuhren** in Entwicklungsländer im Wert von 10'634 Millionen Franken 15,8 Prozent aller Ausfuhren aus der Schweiz; 1980 bedeuteten die Ausfuhren im Wert von 9'390 Millionen Franken 18,9 Prozent aller Ausfuhren (am höchsten war der Anteil 1982 mit 22 Prozent der Ausfuhren). Bei den **Einfuhren** stammten 1987 7,5 Prozent aller Einfuhren in die Schweiz aus Entwicklungsländern im Wert von 5'644 Millionen Franken; 1980 bedeutete der praktisch gleich hohe Betrag von 5'495 Millionen Franken noch 9 Prozent der Gesamtausfuhren (Höchststand 1984 mit 9,4 Prozent Anteil). 1988 betrugen die entsprechenden Ausfuhren 11'942 Millionen Franken und die Einfuhren 6'300 Millionen Franken.

Dem global sinkenden Aussenhandel der Schweiz mit den Entwicklungsländern stellt die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit vermehrte Anstrengungen in Form von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen gegenüber. Diese umfassen Zahlungsbilanzhilfen, Mischkredite, Handelsförderung, Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel und Massnahmen im Rohstoffbereich. 1988 wurden dafür insgesamt 108,8 Millionen Franken ausgegeben, was gegenüber den Ausgaben von 67,8 Millionen Franken 1987 eine signifikante Steigerung bedeutet. Die Details zeigt Tabelle Nr. 20.

Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen sind in der Statistik bilateral ausgewiesen, obwohl auch hier von der Schweiz unterstützte internationale Programme - etwa im Rohstoffbereich - multilateral abgewickelt werden.

Tabelle Nr. 20

Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen 1987/88				
	1988		1987	
	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%
Zahlungsbilanzhilfe	40,0	36,8	25,6	37,8
Mischkredite	48,3	44,4	35,8	52,8
Handelsförderung	2,6	2,4	3,0	4,2
Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel	3,3	3,0	1,7	2,6
Rohstoffe	14,6	13,4	1,7	2,6
Total	108,8	100,0	67,8	100,0
Quelle: Jahresbericht von DDH und BAWI 1988				

Zahlungsbilanzhilfen

Hier ist anzuführen, dass die Ausgaben für *Zahlungsbilanzhilfen* von Jahr zu Jahr relativ stark schwanken, weil diese zum Zeitpunkt der Auszahlung verbucht werden, wobei oft eine lange und intensive Vorbereitung vorausgeht. 1988 wurden mit **Ghana** und **Madagaskar** zwei Abkommen über Zahlungsbilanzhilfen abgeschlossen.

Die Hilfe an *Ghana* umfasst eine Kofinanzierung mit der Weltbanktochter IDA im Rahmen einer Reform des Finanzsektors (15 Millionen Franken) sowie eine bilaterale Aktion von 10 Millionen Franken für die Finanzierung prioritärer Importe. Die Mittel werden dem ghanesischen Devisenauktionssystem zur Verfügung gestellt. Aus dem Erlös der "Währungsversteigerung" werden soziale Programme zur Linderung der Härtefälle, die aus Strukturanpassungsprogrammen entstehen, finanziert.

Im Fall von *Madagaskar* dient eine bilaterale Aktion von 10 Millionen Franken zur Finanzierung von Importen, die insbesondere für die Malariabekämpfung notwendig sind. Ein weiterer Beitrag von 10 Millionen Franken erfolgt als Kofinanzierung im Rahmen eines von der Regierung Madagaskars in Zusammenarbeit mit der Weltbank erarbeiteten Restrukturierungsprogramms im öffentlichen Sektor.

Mit 5 Millionen beteiligte sich die Schweiz 1988 an dem vom Internationalen Währungsfonds verwalteten Fonds zum *Rückkauf bolivianischer Schulden* gegenüber Auslandbanken. (Der Rückkauf erfolgte zu durchschnittlich 11 Prozent des Nominalwertes).

Mischkredite

Seit 1977 hat die Schweiz 24 Mischkredite (inkl. Aufstockungen) im Gesamtbeitrag von rund 1'324 Millionen Franken gewährt. Der Bundesanteil betrug 498 Millionen Franken. Mischkredite sind zusammengesetzt aus einer Kredittranche privater Exportfinanzierung (zu Marktbedingungen) und einem Geschenk des Bundes. Bis 1987 wurde die Bundestranche des Mischkredits jeweils als langfristiges, zinsloses Darlehen gewährt, ab 1987 wird die Bundestranche immer als Geschenk verliehen. (Die OECD-Bestimmungen über gebundene, weiche Kredite schreiben das Geschenkelement vor. Dieses soll von minimal 25 auf 35 Prozent des Mischkredits erhöht werden.)

1988 wurde mit Thailand ein Mischkreditabkommen in der Höhe von 60 Millionen Franken geschlossen. Zwei bestehende Mischkreditabkommen mit Honduras und Zimbabwe wurden um 0,9 bzw. 1,2 Millionen Franken aufgestockt. Mit Guatemala, Kolumbien, den Philippinen und Zimbabwe wurden Verhandlungen geführt. Im ersten Halbjahr 1989 wurde das Abkommen mit den Philippinen über einen Mischkredit von 60 Millionen Franken (24 Millionen Franken Bundestranche) unterzeichnet; mit Guatemala ein solches von 35 Millionen

Franken (14 Millionen Franken Bundestranche). Mit Zimbabwe erfolgte die Unterzeichnung eines dritten Mischkreditabkommens in der Höhe von 30 Millionen Franken (10,5 Millionen Bundestranche) im Mai 1989.

Rohstoffe

Im *Rohstoffbereich* wurde lange mit Ausgaben zurückgehalten, weil erst ein Konzept ausgearbeitet werden sollte, wie diese Mittel am sinnvollsten eingesetzt werden könnten. Im laufenden Rahmenkredit wurden insgesamt 40 Millionen Franken vorgesehen für Massnahmen zur "Kompensation von Rohstofflerlösausfällen, die die ärmeren Entwicklungsländer in ihren Ausfuhren nach der Schweiz erleiden". 1988 sind sechs solche Kompensationsprogramme für die afrikanischen Länder (Sudan, Tansania, Tschad, Togo, Uganda und Zentralafrikanische Republik) im Gesamtbetrag von 15,8 Millionen Franken bewilligt worden. Die Kompensationszahlungen gleichen Exporterlöseinbussen auf Baumwolle, Kaffee, Erdnüsse und Kakao in den Jahren 1986 und 1987 aus. Es wurden Strukturanpassungsmassnahmen mitfinanziert, die langfristig die Ursachen für den Preiszerfall beheben sollen.

Handelsförderung

Auf diesem Gebiet unterstützt der Bund die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, welche nebst der allgemeinen Förderung des Aussenhandels auch den Handelsaustausch zwischen der Schweiz und den Entwicklungsländern intensivieren möchte. Dazu organisiert sie die Teilnahme von Schweizer Firmen an Handelsmessen in der Dritten Welt oder die Teilnahme von Entwicklungsländern an schweizerischen Handelsmessen. Das Parlament verabschiedete in der Berichtsperiode ein Bundesgesetz über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung und bewilligte einen Kredit von höchstens 50 Millionen Franken für die nächsten fünf Jahre.

Aber auch die Förderung des Handels unter den Entwicklungsländern ist ein Anliegen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Der Bund finanziert im weiteren regelmässig Seminarien, an denen die Mechanismen von Zollpräferenzsystemen erläutert werden, mit dem Ziel, dass die Entwicklungsländer besser von den Zollerleichterungen profitieren können.

Förderung privater Mittel

Diese Massnahme umfasst insbesondere die Finanzierung des UNIDO-Büros in Zürich sowie des Projektes "Beratungs- und Vermittlungsdienste". Dieses Projekt soll die Uebertragung "von entwicklungspolitisch bedeutsamen Techno-

logien und Kenntnissen kleinerer und mittlerer schweizerischer Betriebe auf Unternehmen in Asien" erleichtern (Aussenwirtschaftsbericht 1988, S.53).

1.5. Humanitäre Hilfe

Für Massnahmen der humanitären Hilfe wurden 1988 113,4 Millionen Franken ausgegeben und für Nahrungsmittelhilfe 58,4 Millionen Franken. Die humanitäre Hilfe umfasst die Katastrophenhilfe (Finanzierung des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps im Umfang von 13,4 Millionen Franken) und Beiträge an internationale Organisationen (100 Millionen Franken). Rund 34 Prozent der Mittel wurden für kurzfristige Not- und Katastrophenhilfe verwendet, 31 Prozent für mittelfristige Sozialhilfe und 35 Prozent für die ordentlichen Beiträge an internationale Organisationen und das IKRK.

Der grösste Teil der humanitären Hilfe erfolgte auch 1988 wiederum in Afrika (42 Millionen Franken); 31 Millionen Franken wurden in Asien eingesetzt und 12 Millionen Franken in Lateinamerika.

Die *Beiträge an internationale Organisationen*, welche mit 100 Millionen Franken mehr als die Hälfte der humanitären Hilfe ausmachen, umfasst beispielsweise Beiträge an das *Hochkommissariat der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge (UNHCR)*. Die Zahl der Flüchtlinge weltweit wird auf mehr als 14 Millionen Menschen geschätzt, der grösste Teil davon befindet sich in Ländern der Dritten Welt; die Hälfte aller Flüchtlinge allein in Afrika. Das UNHCR gewährt Flüchtlingen weltweit Schutz und Hilfe und arbeitet an Lösungsvorschlägen, wie freiwillige Rückkehr in die Heimat, Eingliederung im Erstasyland und Wiederansiedlung in Drittländern. Insgesamt unterstützt die Schweiz das UNHCR mit jährlich rund 20 Millionen Franken.

In einer Botschaft beantragt der Bundesrat, den ordentlichen Jahresbeitrag an das *Internationale Komitee von Roten Kreuz (IKRK)* auf je 50 Millionen Franken für die Jahre 1990 und 1991 und 55 Millionen Franken für 1992 und 1993 festzulegen. (Diese Beträge entsprechen ungefähr der Hälfte der Kosten der ständigen Infrastruktur des IKRK). Das IKRK ist eine neutrale und unabhängige humanitäre schweizerische Organisation mit internationalem Tätigkeitsfeld. Das IKRK gewährt den Opfern von bewaffneten Konflikten, Spannungen und Unruhen Schutz und Beistand. Der Bund beteiligt sich seit 1931 an der Finanzierung des IKRK.

Die *Nahrungsmittelhilfe* umfasst schweizerische Milchprodukte (Milchpulver, Käse), Getreidehilfe und verschiedene Nahrungsmittel (beispielsweise Dörrbirnen, Fischkonserven, Speisefett). Multilateral leistet der Bund im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe Beiträge an das *Welternährungsprogramm (WEP)*. Das WEP ist der wichtigste Partner für die schweizerische Nahrungsmittelhilfe. Das WEP bemüht sich, Nahrungsmittel in den Entwicklungsländern statt in den Industrieländern einzukaufen, um damit die lokale Landwirtschaft zu fördern. Die Schweiz unterstützt diese Bestrebungen, indem sie vermehrt Bargeld für Lokalkäufe im Ueberschussgebiet zur Verfügung stellt.

Neuer Rahmenkredit

Seit dem 1. März 1989 ist ein neuer Drei-Jahres-Rahmenkredit in der Höhe von 530 Millionen Franken in Kraft. Gegenüber dem aufgebrauchten Rahmenkredit in der Höhe von 440 Millionen Franken erfolgte eine Austockung der humanitären Hilfe inklusive Nahrungsmittelhilfe von rund 20 Prozent. In der Berichtsperiode ist der Rahmenkredit im Parlament beraten und genehmigt worden. (Die Botschaft wurde ausführlich besprochen im Jahrbuch 1989). Die Vorlage fand grundsätzlich breite Zustimmung. Der Nationalrat genehmigte den neuen Rahmenkredit ohne Gegenstimme in der Herbstsession 1988, der Ständerat in der Wintersession 1988. Mit Befriedigung wurde das Umdenken in der Nahrungsmittelhilfe zur Kenntnis genommen. Diese soll laut Botschaft "nur dann zum Zuge kommen, wenn sie die geeignetste Form der Hilfe ist" (Botschaft S. 24) und nicht etwa in erster Linie, um die Ueberschüsse in den Industrieländern abzubauen. Zudem sollen die lokalen Ernährungsgewohnheiten bei der Auswahl der Nahrungsmittel vorrangig berücksichtigt werden.

1.6. Multilaterale Hilfe

Die multilaterale Hilfsform ist in der schweizerischen Oeffentlichkeit nicht unbestritten. Wiederholt wurde eine Analyse der Wirkung multilateraler Hilfe und die Ausarbeitung eines Konzepts für diese Form der Hilfe gefordert. In der Berichtsperiode liess der Bund in sechs Entwicklungsländern - Bangladesh, Rwanda, Niger, Madagaskar, Benin und Laos - die Wirkung internationaler Projekte, an denen sich die Schweiz beteiligt, überprüfen. Ein Drittel aller Projekte erhielt die Bezeichnung "ungenügend", was die Auswirkungen der Hilfe auf die Bevölkerung anbelangt. In Zukunft soll diese Form der Kontrolle innerhalb der DEH institutionalisiert sowie auf weitere Länder ausgedehnt werden.

Die multilaterale Hilfe umfasst Beiträge an internationale Entwicklungsorganisationen. Das Total von 159,3 Millionen Franken verteilte sich 1988 wie folgt: 93,7 Millionen Franken als Beiträge an UN-Organisationen, 40,4 Millionen Franken als Beiträge für Regionale Entwicklungsbanken und deren Spezialfonds und 25,2 Millionen Franken für andere multilaterale Institutionen. Die Uebersicht zeigt Tabelle Nr. 21.

UN-Organisationen

Der wichtigste Partner der schweizerischen multilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist das *Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)*. Es erhielt auch 1988 mit 51 Millionen Franken mehr als die Hälfte der Mittel. Das UNDP finanziert den grössten Teil der technischen Hilfe des UN-Systems; die Projektdurchführung erfolgt in der Regel durch einen Fachdienst einer UN-Spezialorganisation (Weltgesundheitsorganisation WHO, Landwirtschaftsorganisation FAO,

Tabelle Nr. 21

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit: Beiträge an internationale Organisationen		
Organisationen	1988 Auszahlungen Mio Fr.	1987
Organisationen der Vereinten Nationen (UNO)	93,7	90,7
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)	51,0	48,5
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	15,0	14,0
Fonds für die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC-Fonds)	7,2	7,0
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)	6,6	6,0
Ausrüstungsfonds der UNO (UNCDF)	4,6	4,5
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO)	3,7	8,6
Energie-Programm von UNDP und Weltbank (ESMAP)	2,0	1,0
Programm Ernährungsüberwachung der UNICEF	1,4	—
UNO-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO)	0,7	—
UNO-Institut für Ausbildung und Forschung (UNITAR)	0,6	0,6
Internationales Institut für Erziehungsplanung (IIPE)	0,4	0,3
Andere Entwicklungszentren der UNO	0,5	0,2
Regionale Entwicklungsbanken und ihre Spezialfonds	40,4	27,6
Afrikanische Entwicklungsbank (BAD)	3,4	—
Afrikanischer Entwicklungsfonds (FAD)	29,0 *	23,5 *
Asiatische Entwicklungsbank (ADB)	2,1 *	1,0 *
Asiatischer Entwicklungsfonds (ADF)	0,4 *	0,4 *
Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB)	0,5 *	0,4 *
Interamerikanische Investitionsgesellschaft (IIC)	1,1	—
Fonds für Spezialoperationen der IDB (FSO)	1,4 *	2,3 *
Multilaterale Investitionsgarantieagentur (MIGA)	2,5	—
Andere multilaterale Institutionen	25,2	29,7
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	5,3 *	5,7 *
Afrika-Programm des IFAD	10,0	15,0
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	8,0	8,6
Internationale Vereinigung zur Bewahrung der Natur (UICN)	1,5	—
Internationales Institut für agroforstwirtschaftliche Forschung (ICRAF)	0,4	0,4
Total	159,3	148,0
* Verschiedene Verpflichtungen sind buchhalterisch nicht fassbar weil sie in Form von "Notes" geleistet wurden.		
Quelle: DEH-Jahresbericht 1988		

usw.). In vielen Ländern spielt das UNDP eine zentrale Rolle bei der Programmierung und Koordination der externen Hilfe. Die Hilfe konzentriert sich immer mehr auf die ärmeren Länder sowie auf die Förderung der Eigenständigkeit der Empfängerländer, womit die Politik des UNDP mit den Zielen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit übereinstimmt. Die Schweiz leistet seit der Gründung des UNDP Beiträge und ist Mitglied des Verwaltungsrates.

Zweitwichtigster Partner der multilateralen Zusammenarbeit ist der *UN-Kinderhilfsfonds UNICEF*. 1988 leistete der Bund Beiträge in der Höhe von 15 Millionen Franken. Schwergewicht der UNICEF-Tätigkeit ist der Auf- und Ausbau des Basisgesundheitswesens. Mit einem Analysebericht über die Auswirkungen der Wirtschaftsreformen und Strukturanpassungsprogramme auf die Lebensbedingungen der verletzlichsten Bevölkerungsschichten, insbesondere der Mütter und Kinder, hat UNICEF (3) einen wichtigen Anstoss geliefert zur Errichtung von sozialen Notfonds und von Überwachungsprogrammen der Ernährungssituation, die von der Schweiz unterstützt werden.

Regionale Entwicklungsbanken

Die regionalen Entwicklungsbanken sind wichtige Partner der schweizerischen multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Ihre Rolle für den Entwicklungsprozess in den Ländern der Dritten Welt hat angesichts zusehends versiegender privater Kapitalflüsse an Bedeutung gewonnen.

Die Schweiz ist Mitglied aller drei Regionalbanken und speist regelmässig auch deren Spezialfonds. 1988 bewilligte der Bundesrat einen Kredit von insgesamt 410 Millionen Franken für die Regionalen Entwicklungsbanken und die Weltbanktochter MIGA (Vgl. dazu die Besprechung der entsprechenden Botschaft von 1986 in Jahrbuch 1986/87). Die in Tabelle Nr. 21 aufgeführten Beträge mit (*) wurden in Form von Schuldverschreibungen ("notes") zugesagt. Die Ziehungen auf die "notes" erfolgen jeweils verteilt auf mehrere Jahre.

Afrikanische Entwicklungsbank (BAD): Bereits 1987 einigten sich die Mitglieder über die vierte Kapitalaufstockung der Afrikanischen Entwicklungsbank und über die fünfte Wiederauffüllung des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Die Schweiz beteiligt sich mit einem Garantiekapital von rund 250 Millionen Franken an der Kapitalaufstockung, wovon 15,6 Millionen Franken in fünf Jahrestanchen (1988 - 1992) einzuzahlen sind. Zur Wiederauffüllung des Entwicklungsfonds steuert der Bund einen nicht rückzahlbaren Beitrag (in Form von unwideruflichen Schuldscheinen) von 161 Millionen Franken bei, zu leisten in drei Jahrestanchen von 1988 bis 1990.

Asiatische Entwicklungsbank: Der Bund gewährte der Asiatischen Entwicklungsbank 1988 eine dritte Kreditlinie von 3 Millionen Franken für die Finanzierung von Projekten der technischen Zusammenarbeit.

Interamerikanische Entwicklungsbank: Die Interamerikanische Entwicklungsbank arbeitet immer noch an der siebten Kapitalaufstockung und an der Wiederauffüllung ihres Fonds für Spezialoperationen. Eine Ende 1988 eingesetzte Expertenkommission überprüfte die Rolle und Organisationsstruktur der Bank und schlug eine Reorganisation vor, um die Basis für eine Einigung über die anstehende Kapitalaufstockung zu schaffen. Laut dem Bericht hat sich die IDB den Bedürfnissen der Region nicht angepasst und hat auch keinen Beitrag an die Lösung der Schuldenkrise geleistet.

Andere multilaterale Institutionen

Wichtigster Partner ist hier der *Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)* und sein Spezialprogramm für Afrika. Der IFAD hat zum Ziel, die ländliche Armut in der Dritten Welt zu bekämpfen. Mit einem Spezialprogramm für Afrika sollen den von der Trockenheit und Desertifikation betroffenen Ländern südlich der Sahara zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden zur Ankurbelung der bäuerlichen Produktion, zur Wiederherstellung der natürlichen Umwelt und generell zur Förderung eines dauerhaften wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Der Bund beteiligte sich 1988 mit 10 Millionen Franken.

1.7. Strukturanpassungsmassnahmen

Die Internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank sehen den Ansatz einer Lösung der internationalen Krise - insbesondere der Verschuldungskrise - in durchgreifenden wirtschaftspolitischen Strukturanpassungsprogrammen. In der Regel ist die Durchführung solcher Programme Voraussetzung für einen IWF- oder Weltbank-Kredit. Diese Programme sollen die Aussen- und die Binnenwirtschaft der Entwicklungsländer wieder ins Gleichgewicht bringen. Wirtschaftspolitische Massnahmen sind beispielsweise die Abwertung der Währungen, Abbau staatlicher Monopole zugunsten des privaten Handels, Streichung von Subventionen, Einführung oder Erhöhung von Steuern.

Zahlreiche Entwicklungsländer haben diesen Weg der wirtschaftlichen Sanierung eingeschlagen, was dazu führte, dass sich auch die Entwicklungszusammenarbeit mit den Massnahmen von Strukturanpassungen und vor allem deren Auswirkungen auf die ärmsten Bevölkerungsschichten auseinandersetzen muss. Es ist unbestritten, dass Strukturanpassungsprogramme kurzfristig negative Auswirkungen auf die bereits ärmsten Bevölkerungsschichten haben. Beispiele sind teurere Nahrungsmittelpreise in den Städten, die Basisgesundheitsversorgung wird teurer, der Zugang zu Bildung wird finanziell erschwert. Deshalb werden parallel zu den Reformen *Sonderprogramme* lanciert, um die sozialen Härten zu mildern. Dabei handelt es sich beispielsweise um Arbeitsbeschaffungsprogramme für Arbeitslose und Unterbeschäftigte, um Nahrungs-

mittelhilfe zugunsten der ärmsten Bevölkerung (Essensausgabe in Schulen und Fabriken), um Gesundheitsdienste für spezielle Zielgruppen.

Die Schweiz unterstützt seit mehreren Jahren gemeinsam mit der Weltbank/ IDA sowie bilateralen Gebern Strukturanpassungs- und Sonderprogramme. Mit schweizerischen Zahlungsbilanzhilfen verfügen beispielsweise ärmere Entwicklungsländer über Devisen, mit denen Ersatzteile und Rohstoffe für leidende Wirtschaftszweige eingeführt werden können. 1988 erhielten Bolivien, Ghana, Madagaskar, Mosambik und Tansania solche Beiträge, entweder in bilateraler Form oder als Kofinanzierungen mit der Weltbanktochter IDA.

Die DEH illustriert im Jahresbericht 1988 Beispiele von Strukturanpassungsprogrammen bzw. Sonderprogrammen, an denen die Schweiz beteiligt ist. Strukturanpassungsmassnahmen können alle Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit tangieren.

Madagaskar

Seit 1981 verfolgt Madagaskar ein Strukturanpassungsprogramm. Betroffen ist direkt der Reis, das wichtigste Grundnahrungsmittel des Landes. Die Regierung gab den Reispreis frei, liberalisierte den Handel und erschwerte die Importe von Lebensmitteln. Ziel war es, Produktionsanreize für die Reisbauern zu schaffen. Seit 1987 kann sich Madagaskar wieder ausreichend mit eigenem Reis versorgen. Dennoch sind viele Menschen nach wie vor unterernährt und weite Teile der armen Bevölkerung haben nicht die Kaufkraft, um sich die notwendigen Reisrationen zu kaufen. 1986 schuf die Regierung deshalb Sozialprogramme, an denen sich auch die Schweiz beteiligt: Reis wird im eigenen Lande aufgekauft und gezielt als Nahrungsmittelhilfe den Ärmsten abgegeben. Zugleich richtete die Regierung Ausgleichslager ein, um den Reispreis über das ganze Jahr hinweg stabil zu halten. Weiter wird der Anbau neuer Produkte sowie eine Intensivierung der Kleintierhaltung angestrebt.

Mosambik

Ein im Frühjahr 1987 von schweizerischen und IDA-Vertretern verfasster Bericht über die wirtschaftliche Lage Mosambiks war alarmierend: Dringende wirtschaftspolitische Anpassungen sind lebensnotwendig. Diese nahm die Regierung in Angriff - Abwertung der Währung, Erhöhung der landwirtschaftlichen Produzentenpreise, Liberalisierung des Handels, Streichung der städtischen Subventionen auf die Grundnahrungsmittel Mais, Zucker, Tee, Seife - mit einigen positiven Erfolgen (das Angebot in den Läden und auf den Märkten wurde reichhaltiger). Leidtragende dieser Politik wurden jedoch diejenigen Städter, die schon vorher am Rande des Existenzminimums lebten. Eine von der Schweiz finanzierte Studie über die Armut in Maputo (Hauptstadt Mosambiks) ergab, dass die Grundnahrungsmittel nach der Streichung der städtischen Subventio-

nen drei- bis siebenmal teurer geworden sind, und dass ein Drittel aller einbezogenen Familien (mit Kindern im Alter von bis zu vier Jahren) unterernährt ist.

"In Maputo ist ein Drittel aller Einwohner unterernährt. Wenn die Verelendung weitergeht, werden sie buchstäblich hungern, ja verhungern. Das aber sind allzugrosse Opfer, selbst im Hinblick auf eine mittelfristige Verbesserung. Wir müssen die Härten lindern. Das ist die eine Seite. Mit zusätzlichen Hilfsprogrammen aber laufen wir Gefahr, die Städte wieder attraktiv zu machen, die Landflucht wiederum anzukurbeln. Wir stehen in diesem Zielkonflikt. Und wir müssen zugeben: Ein perfektes Rezept haben wir nicht" (DEH-Bericht 1988, S. 13).

Eine zusätzliche Verarmung bereits am Existenzminimum überlebender Bevölkerungskreise ist praktisch immer unmittelbar eine Auswirkung solcher Strukturanpassungsprogramme. Deshalb stellte die Weltbank 1988 ein SDA-Programm (Social Dimensions of Adjustment) auf, um betroffenen Ländern Afrikas zu helfen, die Härten solcher Programme zu mildern. Die Schweiz unterstützt dieses Weltbankprogramm bisher mit 2 Millionen Franken.

Bolivien

Bolivien verfolgt seit 1985 ein Strukturanpassungsprogramm. Einige wirtschaftliche Erfolge wurden erzielt, doch die sozialen Probleme wurden nicht kleiner. Im Herbst 1986 wurde die Errichtung eines "Fondo social de emergencia" notwendig, um die schlimmsten Härten zu lindern. Die Schweiz hat diesen Fonds mit zweimal 15 Millionen Franken unterstützt. Zudem wurde Bolivien Zahlungsbilanzhilfe gewährt, mit der das Land Bankenschulden zurückkaufte.

2. Private Entwicklungszusammenarbeit

2.1. Aufwendungen

In der Schweiz leisten zahlreiche - etwa 140 - Hilfswerke und Unterstützungsvereine in irgendeiner Form Entwicklungshilfe. Ein Teil - vor allem die grösseren Hilfswerke - betreuen eigene Projekte und Programme, während andere - vor allem kleinere Organisationen - den Schwerpunkt auf die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Entwicklungszusammenarbeit Schweiz - Dritte Welt legen.

Die privaten Hilfswerke, welche sich nebst der Unterstützung durch Bund, Kantone und Gemeinden durch private Spenden finanzieren, leisteten 1988 ins-

gesamt Entwicklungshilfe in der Höhe von 144,7 Millionen Franken (1987: 153,4 Millionen Franken). Daran leistete der Bund einen Beitrag von insgesamt 109,2 Millionen Franken für Projekte technischer Zusammenarbeit. Davon wurden Projekte im Umfang von 74,3 Millionen Franken von den Hilfswerken in Regieauftrag durchgeführt und 34,9 Millionen Franken flossen in eigene Projekte.

Am meisten Unterstützung hat nach wie vor die Intercooperation, welche ausschliessliche Regieaufträge der DEH durchführt, 1988 für 39,3 Millionen Franken. Helvetas erhielt 23,6 Millionen Franken und Swisscontact 11,7 Millionen Franken Bundesunterstützung, z.T. für Regieaufträge, z.T. für eigene Aktionen. (Die detaillierten Beträge über die private Entwicklungszusammenarbeit und die Bundesbeiträge sind im statistischen Teil 3 dieses Jahrbuches wiedergegeben).

2. 2. Schwerpunkte

Im folgenden sollen anhand einzelner Themen, unter welchen die Mittelbeschaffung privater Hilfswerke standen, ein paar Schwergewichte privater schweizerischer Entwicklungszusammenarbeit aufgezeigt werden:

Helvetas (Schweizer Gesellschaft für Zusammenarbeit und Entwicklung, Zürich) widmete die Informations- und Sammelkampagne 1988 speziell der *Frau* unter dem Motto "*Wir Frauen greifen ein*". Eine den gesellschaftlichen Voraussetzungen nicht angepasste Entwicklungshilfe habe die Frauen oft aus dem Entwicklungsprozess ausgeschlossen, sie beispielsweise durch Einführung von Maschinen für Männer sogar aus ihrer traditionellen Rolle in der Produktions- und Einkommensverteilung in der Landwirtschaft verdrängt und in den häuslichen Bereich zurückgedrängt. In Zukunft will Helvetas die Initiative und Beharrlichkeit der Frauen besser unterstützen, der Einsicht folgend, dass Entwicklungsprozesse nur zum Erfolg führen, wenn Männer und Frauen in die Programme und Projekte einbezogen werden. Mit der Informationskampagne 1989 startete Helvetas einen dreijährigen Themenschwerpunkt "*Dorf*" ("*Wenn du dein Land aufbauen willst - beginne in deinem Dorf*"). Helvetas versteht die dörfliche Entwicklung als Unterstützung für einen basisorientierten Entwicklungsprozess und als Alternative zu den Slums in den Städten.

Die kleine Entwicklungsorganisation **Interteam** (finanziert vom katholischen Hilfswerk Fastenopfer und dem Bund) feiert 1989 ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen. Der katholische Entwicklungsdienst arbeitet unter dem Motto "*Miteinander für eine Welt entstehen*". Er unterhält keine eigenen Projekte, sondern vermittelt Leute für Einsätze in Projekten von anderen Hilfswerken mit Schwerpunkt Ausbildung. Interteam setzt sich auch in der Schweiz für gerechte Beziehungen ein und will in Zukunft vermehrt offiziell Stellung beziehen, denn: "Die Entwicklungshilfe bleibt ohne Boden, wenn sich die internationalen Beziehungen nicht verändern" (Carlos Alberto Calderon über die Interteam-Arbeit).

Das **Heks** leistet als "Werk des schweizerischen evangelischen Kirchenbundes" zwischenkirchliche Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Flüchtlingshilfe, Nothilfe im Ausland und Katastrophenhilfe im Inland. Die Zunahme des Flüchtlingsstromes in den letzten Jahren bedeutete eine grosse Mehrbelastung für das Hilfswerk: Der Flüchtlingsdienst wurde von 6 Leuten 1978 auf 65 voll- oder teilzeitlich Angestellte 1988 ausgebaut. Das Heks ist nebst Betreuung der Asylbewerber in der Schweiz auch stark in der Projektarbeit in Entwicklungsländern engagiert.

Die auf Kinderhilfe ausgerichtete *Stiftung Kinderdorf Pestalozzi* führte die Sammelkampagne 1989 unter dem Motto "Netze des Lebens knüpfen". Die Stiftung will Kindern, deren soziales Beziehungsnetz zerstört ist, wieder sozialen Halt geben. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde in Trogen ein Kinderdorf errichtet, das notleidende Kinder aufnahm. 1982 erweiterte die Stiftung ihre Aktivität zur "Hilfe an Ort". Kinder aus Entwicklungsländern in die Schweiz (ins Kinderdorf) zu bringen wird nur noch als letzte Möglichkeit der Hilfe in Betracht gezogen. In erster Linie soll im angestammten Umfeld der Kinder pädagogisch-soziale Aufbauarbeit geleistet werden.

Der **Christliche Friedensdienst (CFD)** wurde vor fünfzig Jahren (1938) als Flüchtlingsdienst gegründet (von Getrud Kurz) und setzte sich für jüdische Flüchtlinge ein. Der CFD versteht Friedensdienst als Parteinahme für benachteiligte und unterdrückte Menschen und gegen die Zerstörung der Welt. Der CFD ist ein vom Bund anerkanntes und subventioniertes Hilfswerk, doch steht der CFD der offiziellen Asylpolitik kritisch gegenüber. Mit Bundesgeldern betreut werden dürfen nur die anerkannten Flüchtlinge. Nach Ansicht des CFD ist aber die Betreuung der Asylbewerber mit hängigen oder abgelehnten Gesuchen sehr viel nötiger ("Wir betreuen die Falschen", Rosmarie Kurz, Tages-Anzeiger 10.11.1988). Der CFD erwähnt, den Fürsorgevertrag mit dem Bund aufzulösen, um sich umfassender der Asylbetreuung widmen zu können. Das Motto des Jubiläumsjahres 1988 lautet: "*Wir nehmen Partei*". Diese Parteinahme in gesellschaftlichen und politischen Fragen ist kritisch und radikal zugunsten der unterdrückten Menschen.

1988 feiert die **Erklärung von Bern (EvB)** ihr zwanzigjähriges Bestehen. Die EvB ist kein Hilfswerk mit eigenen Projekten, sondern leistet Öffentlichkeits- und Informationsarbeit über die (Wirtschafts-) Beziehungen Schweiz - Entwicklungsländer. 1988 informierte die EvB schwergewichtig über das Thema Verschuldung (Mitorganisation des CH-Verschuldungskongresses 1988) und das Aufzeigen der Verfilzungen in der schweizerischen Aussenhandelspolitik (Herausgabe der Broschüre "Filz"). Die EvB wandte sich gegen die Mitgliedschaft der Schweiz im Zehnerklub des IWF. Kritisch setzt sich die EvB mit Fragen der Gesundheit und des Einsatzes von (Schweizer)Pharmazeutika in der Dritten Welt auseinander.

Seit dreissig Jahren engagiert sich **Swisscontact** (Schweizerische Stiftung für technische Entwicklungszusammenarbeit, Zürich) vor allem in der technischen Berufsbildung in Entwicklungsländern. Sie errichtet Lehrwerkstätten, Schulen, führt Kurse durch und betreibt allgemein Gewerbeförderung. Swiss-

contact wird von Kreisen aus der schweizerischen Wirtschaft getragen und erhält auch Bundesunterstützung (1988: 11,7 Millionen Franken vom Bund und 2 Millionen Franken von der Privatwirtschaft).

Anmerkungen

1. Vor 25 Jahren wurde im Rahmen der OECD der Entwicklungsausschuss DAC (Development Assistance Committee) gegründet. Ihm gehören als Mitglieder an: Australien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, USA.
2. Es ist hier anzumerken, dass der von der OECD für die Schweiz berechnete Anteil der Entwicklungshilfe am BSP mit 0,32 höher ist als der vom Bund ausgewiesene Anteil von 0,31 Prozent. Die Differenz erklärt sich aus der unterschiedlichen Verbuchung der "Notes" (Schuldanerkenntnisse), welche die Schweiz erst zum Zeitpunkt der effektiven Auszahlung bucht, während die OECD diese bereits bei deren Emission angibt.
3. UNICEF, Un ajustement à visage humain, Paris 1988

Quellen

Jahresbericht von DEH und BAWI 1988

Aussenwirtschaftsbericht 1988

Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1988

E + D, Entwicklung/Développement, Nr. 28/1989

EDA-Pressemitteilungen, 18.1., 30.3.1988; 13.3., 31.5.1989

"Welche Entwicklungszusammenarbeit für die 90er Jahre ?", Andreas Schild, i3w-Dokument 1/1989

Erklärung von Bern, Tätigkeitsbericht 1988

Helvetas-Partnerschaft, Sept. 1988 und 1989

Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für Brüder/Helvetas: Entwicklungspolitische Stellungnahmen 1988

Tages-Anzeiger, 10.11., 1.12.1988, 7.6., 6.9.1989

NZZ, 19.9., 1.12.1988; 23.3., 9.5., 19.5., 24.7., 15.8.1989